Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

Digitalisierung der Offenen Jugendarbeit

Die zahlreichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise führten erstmalig im Frühjahr 2020 zum sogenannten „Lockdown“ in Deutschland. Auch in Bremen ging dies damit einher, dass die Schulen, Kitas, sämtliche Freizeit- und Sportangebote, Spielplätze und -flächen als auch alle Jugendräume, -treffs und Freizeitheime geschlossen werden mussten. Darüber hinaus bestand in den ersten acht Wochen der Corona-Krise eine strenge Kontaktsperre, sodass Kinder und Jugendliche plötzlich von heute auf morgen rund um die Uhr ausschließlich direkten Kontakt zu ihren Familien hatten.

Je nach Wohnsituation der Familien, Einkommen, Anzahl und Alter der Kinder unterschieden sich die Möglichkeiten, mit dieser besonderen Situation umzugehen. Dem Zugang zu sozialen Medien kam für Schülerinnen und Schüler aller Jahrgänge plötzlich eine große Bedeutung zu, nicht nur für das Lernen zu Hause. Anstatt Freunde wie bisher zu treffen, verlagerten sich die Kontakte ins Netz. Mittels Smartphones, Tablets und Laptops hielten viele junge Menschen den Kontakt zu Gleichaltrigen.

Der persönliche Austausch zu Gleichaltrigen oder Erwachsenen außerhalb der eigenen Familie, wie zum Beispiel zu Trainerinnen und Trainern oder Pädagoginnen und Pädagogen aus Jugendeinrichtungen, war stark eingeschränkt. Die Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendverbände konnten durch die Schließung ihren Aufgabenstellungen kaum nachkommen.

Auch wenn aktuell, während der sogenannten zweiten Welle, ein „Lockdown light“ herrscht, in dem bisher den Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen zumindest eine partielle Öffnung ermöglicht wird, finden auch bei Kindern und Jugendlichen die persönlichen Kontakte deutlich reduziert statt. Gleichzeitig sollen die Heranwachsenden aber nicht mit ihren Anliegen und Bedürfnissen erneut alleine gelassen werden. Vor diesem Hintergrund muss die Digitalisierung der Angebote der Offenen Jugendarbeit als weiterer Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit schnellstmöglich initiiert werden.

Bereits zu Beginn der Pandemie nahm die Debatte über die Bedeutung des digitalen Unterrichts rasant an Fahrt auf und wurde zügig umgesetzt. Dafür war einerseits die bereits bestehende Lernplattform „itslearning“ notwendig, andererseits stellte sich aber auch der Bedarf an Endgeräten für die Nutzung von zuhause als zentral für das Gelingen heraus. Aus diesem Grund wurden im Rahmen der Digitalisierungsoffensive für Bremer Schülerinnen und Schüler circa 90 000 Tablets angeschafft, deren vollständige Aushändigung kurz bevorsteht.

Um die Digitalisierungsstrategie der Schule nun auch durch digitale Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu ergänzen, müssen sowohl die technischen als auch inhaltlichen Voraussetzungen dafür schnellstmöglich geschaffen werden.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, eine Digitalisierungsstrategie der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbände aufzulegen, die insbesondere berücksichtigt:
 - a) Jugendeinrichtungen an ein schnelles WLAN anzuschließen,
 - b) die Anschaffung von Hardware, wie zum Beispiel Tablets, Laptops und Kameras zu ermöglichen,
 - c) jugendspezifische Online-Angebote zu entwickeln, die verschiedene Altersgruppen adressieren, und beispielsweise „digitale Challenges“, Lernvideos, Umfragen oder Live-Chats umfassen; diese Tools sollen interessierten Jugendeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden,
 - d) den Zugang an die Lernplattform „itslearning“ zu schaffen, um auch Jugendeinrichtungen als außerschulischen Lernort in das bestehende System zu integrieren; Ziel ist es auch, digitale Angebote der Jugendeinrichtungen über diese Plattform abrufbar zu machen,
 - e) die Schul-iPads auch für die Nutzung von Jugendfreizeitangeboten, die durch die Stadt initiiert werden, freizuschalten,
 - f) Angebot von Weiterbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Offenen Jugendarbeit und der Jugendverbände zur fachgerechten Umsetzung der Digitalisierung.
2. Bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie ist sicherzustellen, dass zunächst die Jugendlichen in den Quartieren mit dem höchsten Förderbedarf (entsprechend der Sozialindikatoren) profitieren.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die Digitalisierungsstrategie unter Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses bis Frühjahr 2021 der Stadtbürgerschaft vorzulegen und über bereits ergriffene Umsetzungsschritte zu berichten.

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe,
Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE